



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 14/2011
September 2011

Stärkung des Euro-Rettungsschirms

Das Bundeskabinett hat die Flexibilisierung des vorläufigen Rettungsschirms (EFSF) beschlossen. 2013 wird dieser durch den dauerhaften Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzt. Ertüchtigt wird der EFSF, indem seine Garantiesumme auf 780 Mrd. € und der deutsche Anteil damit auf 211 Mrd. € erhöht wird. Hierdurch ist der Fonds in der Lage, max. 440 Mrd. € tatsächlich auch zu verleihen. Die Differenz kommt zustande, weil nur der Betrag, der von AAA-Staaten garantiert wird, auch ausgezahlt werden darf.

Die EFSF soll künftig auch Staatsanleihen aus Krisenstaaten aufkaufen dürfen. Vorbeugend darf der Fonds unter Auflagen bereits dann tätig werden, wenn Ansteckungsgefahren und eine Destabilisierung der Eurozone als Ganzes zu befürchten sind. Möglich sind dann Anleihekäufe am Sekundärmarkt, die Zurverfügungstellung vorsorglicher Kreditlinien und die Kreditvergabe an Staaten, um damit deren Kreditinstitute zu rekapitalisieren. Das Vorliegen der Voraussetzungen muss u.a. von der Europäischen Zentralbank als unabhängiger Organisation festgestellt werden.

Das deutsche Gesetz wird in den kommenden Wochen im Bundestag beraten. Die parlamentarischen Beteiligungsrechte werden so ausgestaltet, dass jede Entscheidung der EFSF demokratisch legitimiert ist, der Fonds gleichzeitig aber nicht in seiner operationellen Tätigkeit unnötig beschränkt wird.

Die Unionsfraktion hat auf ihrer Vorstandsklausur folgende Leitlinien zur Parlamentsbeteiligung beschlossen:

- Vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestags zu Entscheidungen der EFSF, die zu einer Inanspruchnahme von Gewährleistungen führen.
- Billigung der operativen Richtlinien der EFSF durch den Haushaltsausschuss.
- Zustimmung des Haushaltsausschusses zu Änderungen an den Bedingungen für laufende Programme.
- Zeitnahe und umfassende Information des Haushaltsausschusses zu allen operativen Entscheidungen der EFSF im Rahmen des jeweiligen Gewährleistungsrahmens.



Steuervereinfachungen im Vermittlungsausschuss

Die Bundesregierung wird zum Steuervereinfachungsgesetz 2011 den Vermittlungsausschuss anrufen. Das hat das Kabinett am Mittwoch beschlossen. Die Länder hatten das Steuervereinfachungsgesetz im Bundesrat vor der Sommerpause vorerst gestoppt. Der Bundesrat lehnte insbesondere die Möglichkeit ab, nur alle zwei Jahre eine Steuererklärung abgeben zu müssen.

Die Bundesregierung ruft den Vermittlungsausschuss an, da sie ein besonderes Interesse am Zustandekommen des Gesetzes hat. Es enthält zahlreiche wichtige Maßnahmen zur Steuervereinfachung, von denen sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen profitieren. So sollen Eltern demnach ab 2012 Kinderbetreuungskosten einfacher absetzen können. Eine Seite der „Anlage Kind“ würde dadurch wegfallen und die Familien mit jährlich 60 Mio. € entlastet werden. Auch die aufwändige Einkommensüberprüfung bei volljährigen Kindern für Kindergeld und Kinderfreibeträge soll wegfallen. Das spart den Familien das mühsame Sammeln von Belegen und entlastet sie um weitere 200 Mio. €.

Die Unternehmen können durch die geplante erleichterte elektronische Rechnungsstellung pro Jahr rund vier Milliarden Euro Bürokratiekosten sparen.

Das Maßnahmenpaket zur Steuervereinfachung wurde bereits im Dezember 2010 auf den Weg gebracht. Der Bundestag hatte im Juni zugestimmt.

Reiche wollen mehr Steuern zahlen

Das können Sie: Mit einem dafür zur Verfügung stehenden Konto bei der Bundesbank Leipzig eröffnet das Bundesfinanzministerium allen Steuerzahlern, die zweckgebunden zur Schuldentilgung freiwillig mehr leisten wollen, als es ihrer Steuerpflicht entspricht, diese bislang der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Möglichkeit.

Die Kontoverbindung lautet:

Bundeskasse Halle/Saale

Kontonummer 86001040

Bankleitzahl 860 000 00 (Bundesbank Leipzig)

Betreff: Schuldentilgung BMF

Mehr Sicherheit in unseren Großstädten

Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf seiner Klausurtagung ein Papier zur Sicherheit im öffentlichen Raum verabschiedet.

Gegenüber brennenden Autos, Vandalismus, Übergriffe im Nahverkehr und Gewalt an Schulen darf es keine Toleranz geben. Zu lange wurde dieses als lästiges, aber letztlich unvermeidliches Übel einer Großstadt angesehen. Es darf keine Toleranz für Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität in unseren Städten geben. Um den Auswüchsen konsequent zu begegnen, ist eine Politik des langen Atems erforderlich – nicht eine kurzfristige Flickschusterei, wie wir sie jetzt wieder in Berlin beobachten.

Zentrale Punkte des Papiers sind u.a.:

- mehr Polizeipräsenz auf den Straßen
- konsequentes Ahnden von Vandalismus, Schmierereien und Belästigungen
- Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Angriffen auf die Persönlichkeitsrechte Anderer
- wo erforderlich, Ausweitung der Videoüberwachung
- Bekämpfung linker Gewalt ebenso wie rechter Gewalt
- Konsequente Umsetzung der beschlossenen Gesetzesverschärfungen im Hinblick auf zunehmende Attacken auf Polizisten und Rettungskräfte
- Die Landesjustiz muss in die Lage versetzt werden, den Bürgern zügig zu ihrem Recht zu verhelfen und die Straftäter ihrer Strafe zuzuführen
- konsequente Bestrafung krimineller Jugendlicher, damit sich ein Erziehungseffekt einstellen kann

Das komplette Papier finden Sie auf www.cduscu.de

Bionikzentrum in Erfurt eröffnet

Am 2. September wurde das „Thüringer Innovationszentrum der Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsförderung & Management mbH“ feierlich eröffnet. Herzstück ist zum einen eine Erfinderakademie und zum anderen ein Bionikzentrum, in dem Menschen aller Altersgruppen neue Erfahrungen sammeln und sich weiterbilden können. Das Bionikzentrum bietet neben der Dauerausstellung „Bionik – lernen von der Natur“ und dem Bioniklabor mit Forscher- und Erfinderwerkstatt Bildungsangebote, die die Nutzung des „Patentarsenals Natur“ aufzeigen.

Mit dem Thüringer Innovationszentrum wird das Ziel verfolgt, vielfältige Aus- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen, um die Innovationsfähigkeit als wichtige Humanressource zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.iwmgmbh.eu/tiz>



Antje Tillmann mit Prof. Bernd Hill, Gründer des Bionikzentrums

Ausblick auf die Sitzungswoche

Die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause steht ganz im Zeichen des Bundeshaushaltes für 2012. Bundesfinanzminister Schäuble wird den Haushalt am Dienstag in einer allgemeinen Rede in den Bundestag einbringen.

Am Donnerstag findet außerdem die erste Lesung des überarbeiteten Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen der EFSF statt.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: J. Nehlsen, A. Wahsner, 05.09.2011